

Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Tessa Ganserer, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Gisela Sengl, Benjamin Adjei, Kerstin Celina, Barbara Fuchs, Christina Haubrich, Claudia Köhler, Andreas Krahl, Eva Lettenbauer, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Homo- und transfeindliche Kriminalität in Bayern bekämpfen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

Homo- und transfeindliche Kriminalität in Bayern wirksam zu bekämpfen und hierzu im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmitteln eine landesweite Kampagne zu starten, in der lesbische, schwule, bisexuelle, trans* und divers* geschlechtliche Menschen in Bayern ermutigt werden, eine Strafanzeige zu stellen, wenn sie wegen ihrer sexuellen Orientierung und/oder geschlechtlichen Zugehörigkeit verbal oder körperlich angegriffen werden.

Begründung:

Wie die Bayerische Staatsregierung auf eine Anfrage zum Plenum der Abgeordneten Tessa Ganserer feststellt, wurden für das Jahr 2018 elf homo- bzw. transphob motivierte Straf-, davon vier Gewalttaten, im kriminalpolizeilichen Meldedienst in Fällen "politisch motivierter Kriminalität (KPMD-PMK)" erfasst. Zur Frage der Dunkelziffer bei homo- und transphob motivierten Straf- und Gewalttaten kann die Staatsregierung keine Aussage treffen. Hier ist eine enorme Diskrepanz zwischen angezeigten Vorkommnissen und in empirischen Studien belegten tatsächlichen Erfahrungen offensichtlich. Aktuelle empirische Erkenntnisse über die Lebenssituation von queeren Menschen in Deutschland kommen zu dem eindeutigen Ergebnis, dass sie häufig Diskriminierungserfahrungen aufgrund ihrer nicht-heterosexuellen und/oder nicht-cisgeschlechtlichen Zugehörigkeit machen. Die größte bundesweite Jugendstudie *Coming-out – und dann...?!* mit über 5.000 lesbischen, schwulen, bisexuellen, trans* sowie orientierungs*diversen und gender*diversen Jugendlichen zwischen 14 und 27 Jahren, stellte 2015 fest, dass insgesamt acht von zehn Diskriminierung erlebt haben, bei den trans* und divers* geschlechtlichen Jugendlichen sind es gar neun von zehn. Dabei berichteten über ein Drittel der Teilnehmenden dieser Studie von sexualisierten Übergriffen in der Öffentlichkeit. Bei den lesbischen und trans* weiblichen Jugendlichen war es sogar jede zweite junge Frau. Auch andere Studien kommen zu der Erkenntnis, dass Diskriminierungen aufgrund einer nicht-heterosexuellen Orientierung und/oder nicht-cisgeschlechtlichen Zugehörigkeit häufig sind (siehe European Union Agency for Fundamental Rights 2013). Es ist davon auszugehen, dass es sich bei dieser

hohen Zahl an Diskriminierungserfahrungen auch um strafrechtlich relevante Vorfälle handelt, die als politisch motivierte Straftat eingeordnet werden müssen.

In englischsprachigen Untersuchungen wird konstatiert, dass LSBTIQ* Personen als Angehörige einer sogenannten Minderheit, sich nicht in der Lage sehen, erfahrene Diskriminierung und Gewalttaten anzuzeigen. Damit sind insbesondere auch durch die Häufigkeit entsprechender Erfahrungen verschiedene gesundheitliche Risiken verbunden. Ein europaweiter Survey stellte fest, dass die Zahlen der Nicht-Anzeige nach erlebter Diskriminierung enorm hoch sind. Die häufigsten Gründe, warum keine Anzeige erstattet wurde, waren „a belief that ‘nothing would change’, as well as a lack of knowledge about how or where to report an incident or fear of homophobic or transphobic reaction from the police.“ (European Union Agency for Fundamental Rights 2013)

Um homo- und transfeindliche Kriminalität in Bayern wirksam zu bekämpfen ist eine landesweite Kampagne nach dem Vorbild aus NRW „Ich-zeige-das-an“ (<https://www.ich-zeige-das-an.de/>) notwendig. Eine öffentliche Kampagne bewirkt dabei zweierlei: Zum einen werden betroffene Menschen ermutigt, eine Strafanzeige zu erstatten und es wird gleichzeitig ein sichtbares Zeichen gesetzt, dass in Bayern alles getan wird, um Homo- und Transphobie zu verhindern.